



# Werkstatt- bericht



Noch nie gab es hierzulande so  
wenige Menschen mit geistiger oder  
körperlicher Behinderung.  
Und noch nie so viele Beschäftigte  
in Behindertenwerkstätten.

**Hintergründe eines paradoxen Booms.**

Text: Dorit Kowitz

Foto: Elias Hassos, Hartmut Nägele (S. 28, 30, 37)

• Bislang ist es den Eltern gelungen, Johanna von Schönfeld von der Arbeitswelt fernzuhalten, die hierzulande für Menschen mit Behinderung vorgesehen ist. Ihre 24 Jahre alte Tochter, zweitgeborenes der vier Kinder, fand eine Stelle in einem normalen Betrieb, obwohl sie das Down-Syndrom hat. Seit fast vier Jahren fährt sie jeden Tag mit der Regionalbahn von Neuss nach Düsseldorf zur Arbeit in einer Dialysepraxis. Dort wechselt sie die Bettwäsche, bereitet kleine Mahlzeiten und Getränke nach den Wünschen der Patienten zu, serviert sie und räumt die Küche auf. Zu erschüttern ist sie nur, wenn ihr jemand pampig kommt.

25 Stunden Hauswirtschaft pro Woche sind das – ein Pensum, wie es auch in Behindertenwerkstätten vorgesehen ist. Trotzdem sei sie, sagt die Mutter Ursula von Schönfeld, angefeindet worden, weil sie ihrer Tochter geholfen hatte, die Stelle zu finden. „Man warf mir vor: Sie überfordern Ihr Kind!“, sagt sie. „Man unterstellte mir: Sie wollen einfach nicht wahrhaben, dass Ihre Tochter geistig behindert ist!“ Die Werkstattleiter hätten Johanna nicht ziehen lassen wollen, das gehe so einfach nicht. „Am Ende kam mein Mann mit und sagte ruhig: Doch, das geht.“

## Die Sozialbetriebe sind auf Wachstum aus

Der gesetzliche Auftrag von Behindertenwerkstätten ist es, Menschen mit Handicaps durch Arbeit an der Gesellschaft teilhaben zu lassen, wenn möglich auch außerhalb der Werkstätten. Die Zahl dieser Einrichtungen ist so hoch wie nie. In den mittlerweile rund 700 Sozialbetrieben bundesweit arbeiteten im Jahr 2013 dauerhaft 251021 Behinderte – fast 100 000 mehr als noch im Jahr 2000. Das bedeutet einen Anstieg um 63 Prozent.

Hinzu kamen, entsandt von den Arbeitsagenturen, weitere 54000 Menschen, die sich im sogenannten Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich der Werkstätten befinden. Die dauert insgesamt 27 Monate. Damit beschäftigte diese Branche insgesamt 305 000 Menschen – mehr als zweieinhalbmal so viele wie Siemens in Deutschland.

Die Sozialbetriebe sind zu einer festen Größe geworden. Um ihre Aufgaben erfüllen zu können, brauchen sie jeden Mitarbeiter, den sie bekommen können. Nur gibt es da ein Problem: Die Zahl der Menschen mit geistiger Behinderung sinkt. Theoretisch müsste sich der Anteil derjenigen, die aufgrund einer schweren Behinderung keine Aussicht haben, länger als drei Stunden am Tag eigenständig arbeiten zu können, auch um 63 Prozent erhöht haben. Denn nur jene Menschen sollten ursprünglich in den hochsubventionierten Werkstätten arbeiten.

Aber so ist es nicht. Es werden in Deutschland seit Jahrzehnten weniger Menschen mit Behinderungen geboren. Die moderne Diagnostik hat dazu geführt, dass Föten mit Anomalien häufiger abgetrieben werden. Auch Menschen mit körperlichen Behinderungen haben bessere Möglichkeiten als früher, regulär Arbeit zu finden.



Bei der Arbeit in der Dialysepraxis: Johanna von Schönfeld

Wie kommt es also, dass so viele Menschen in den Werkstätten arbeiten?

In der Münchener Kapuzinerstraße, am Rand des teuren Glockenbachviertels, gibt es seit 20 Jahren einen Eckladen für das Möbelsystem Iwelo. Dort kann man individuell kombinierbare Regale, Schränke und Kommoden in zahlreichen Ausführungen bestellen. Die Preise liegen kaum über denen von Ikea, obwohl die Ware aus Vollholz besteht und zum Teil mit Glas-, Linoleum- oder Rattanfronten versehen ist. Nie, sagt die Kundenberaterin, müsse ein Kunde länger als vier Wochen warten, bis die eigens für ihn gebauten Möbel geliefert würden, oft seien es nur zwei.

Das ist eine ungewöhnlich kurze Lieferzeit im Möbelbau, zumal Menschen mit Behinderung die Ware tischlern. Stephan Wieser, Marketingbeauftragter für die Iwelo-Produkte, sagt spöttisch: „Mit dem Klischee, dass man hier den Mitarbeitern beim Besenbinden und Bürstenmachen ab und zu sanft übers Haar streicht, hat unsere Arbeit nichts mehr zu tun. Wir stehen im Wettbewerb.“

Iwelo ist eine Marke der Behindertenwerkstätten IWL, die vor knapp 40 Jahren von Eltern gegründet wurden. IWL steht für

die Flüsse der Region, Isar, Würm, Lech. Heute ist die Firma eine gemeinnützige GmbH. Sie hat ihren Sitz in Landsberg, etwa 45 Autominuten vom Münchener Laden entfernt. Die Betriebe der IWL haben die Pflicht, alle ihr zugewiesenen arbeitswilligen Menschen mit Behinderung des Landkreises aufzunehmen.

„Für unsere Kunden arbeiten wir in der geforderten Fertigungstiefe und liefern die gewünschte Qualität“, werben die Landsberger unter dem Schlagwort „kostengünstige Lösungen“ auf ihren Seiten im Internet. Der Auftritt scheint nicht recht zu der Arbeitswelt im älteren der Landsberger Werkstattgebäude zu passen. Langsam scheint hier alles zuzugehen und gelassen, trotz des Lärms der gewaltigen alten Bohr- und Stanzmaschinen in einigen der Räume. Sie werden von den Angestellten routiniert bedient.

Man braucht ein wenig, ehe man begreift, was irritiert: Hier gibt es viele geistig behinderte Menschen; in der Öffentlichkeit sind sie kaum noch zu sehen. Manche können nicht bis drei zählen, helfen aber, eine genaue Anzahl Hilti-Bohrer für den Versand zu verpacken. Als Hilfsmittel dient ihnen ein Holzklötzchen mit einer bestimmten Anzahl Löcher. Haben sie die voll gesteckt, wissen sie, dass sie den Klotz zu einem Kollegen schieben können, der, wie das heißt, eine „Zahlenkompetenz“ besitzt und sie in Kartons schichtet. „Jeder Hilti-Bohrer, den ein Heimwerker irgendwo auf der



Vorzeigebetrieb: Ludger Escher (links), Werkstattleiter, und Martin Becker, Geschäftsführer der IWL

Welt auspackt, wurde hier eingepackt“, sagt der Werkstattleiter Ludger Escher stolz.

Aus Nächstenliebe aber vergebe niemand Aufträge an die IWL, hatte der Marketingchef Stephan Wieser zuvor klargestellt. „Unsere Kunden wollen wissen: Schafft ihr das? Und wenn ja, zu welchen Konditionen? Wenn wir nicht pünktlich, kostengünstig und zufriedenstellend liefern, sind wir weg vom Fenster wie jedes andere Unternehmen auch.“

Kann man also sagen, die IWL sind auf Wachstum aus? „Natürlich wachsen wir“, sagt der Geschäftsführer Martin Becker. „Wir müssen wachsen!“ Um nämlich den Überschuss wieder investieren zu können – zum Beispiel in die teils veralteten Arbeitsplätze im alten Werkstattgebäude an diesem Standort. „Das ist für alle Werkstätten ein ständiger Spagat“, sagt Becker. „Wir sind einerseits auf eine zumeist lebenslange Rehabilitation unserer Mitarbeiter ausgerichtet. Andererseits sind wir dem Gebot der Wirtschaftlichkeit verpflichtet.“ Diese beiden konkurrierenden Prinzipien sind in der Werkstättenverordnung festgeschrieben.

Auch der Besucher hat widersprüchliche Eindrücke: Wie hilfreich ist ein solcher Sozialbetrieb? Und trägt er nicht dazu bei, dass Menschen mit Handicaps weitgehend unter sich bleiben?

Die ursprüngliche Idee war, vor allem geistig Behinderte sinnvoll zu beschäftigen, aber vor den Härten des Arbeitsmarkts zu bewahren. Deswegen heißen ▶

Losgröße 1 für simple Produkte: Mit solchen Angeboten lässt sich punkten



sie früher oft „Beschützende Werkstätten“. Sie gingen ab den Fünfzigerjahren aus ehrenamtlichen Elterninitiativen wie der heute politisch einflussreichen Lebenshilfe hervor. Oder entstanden schon im 19. Jahrhundert aus christlicher Nächstenliebe, wie die Stiftung Bethel in Bielefeld.

Heute ist Bethel eine von vier der Von Bodelschwingschen Stiftungen, und diese sind das Hauptquartier eines bundesweit agierenden Sozial- und Krankenhauskonzerns. Neuerdings nennen sich Werkstätten Prowerk wie in Bielefeld oder eeWerk wie in Lemgo. Man solle die Handicaps ihrer Mitarbeiter nicht gleich am Namen ihrer Arbeitgeber erkennen, heißt es überall zur Erklärung. Aber natürlich erleichtert es auch die Akquise.

## Das Entgelt ist niedrig, aber die Rente hoch

Um ihre stark gewachsenen Kapazitäten auszulasten – und sie vor den Kostenträgern zu rechtfertigen –, suchen die Betreiber immerfort nach neuen Geschäftsideen. Die Halleschen Behindertenwerkstätten (HBW) sind nur eine von gleich drei Werkstätten verschiedener Träger in der Stadt an der Saale. Sie machen sich auch untereinander Konkurrenz. Darum haben die HBW vor ein paar Jahren auf einem zugekauften Grundstück eine Pilzzucht angelegt und aktuell eine neue Anpflanzung von Aroniabeerensträuchern angelegt, die sich erst in ein paar Jahren rechnen kann. Die professionelle Herstellung von Werbemitteln wie Schildern, Bannern, Flyern, bedruckten T-Shirts oder bestickten Sporttaschen läuft passabel. Stets auf Monate ausgebucht ist die Autoreinigung, nur bringt sie wenig Umsatz: Die stundenlange „Komplettpflege“ eines Pkw innen und außen kostet nur 29 Euro, inklusive Politur.

Angebote dieser Art sind typisch geworden für die expandierten Werkstätten in Ost und West. Im bayerischen Landsberg werden unter dem Label Pure Position sogar Designer-Kindermöbel hergestellt. Ein „Growing Table“ mit Sitzbank und diversem Zubehör kostet im Fachhandel 1250 Euro. Die Bayern betreiben außerdem Kantinen in Schulen und Betrieben der Region und vereinen unter ihrem Dach einen Cateringservice, eine Metallverarbeitung, eine Garten- und Landschaftspflege, die Lohnverpackung für Werkzeuge, eine Hygieneverpackung für Medizinprodukte, die Holzverarbeitung, eine Gebäudereinigung und die Elektromontage.

Aufträge pünktlich zu erledigen, CNC-Maschinen zu steuern, Parks und Gärten zu pflegen, filigrane Buffets für Firmenfeiern auszurichten, sogar Designer-Möbel zu schreinern und ganze Kantinen zu bespielen: Wie geht das mit Menschen, die nicht in der Lage sein sollen, mehr als drei Stunden am Tag selbstständig zu arbeiten? Es gehe eben nur, erklärt IWL-Werkstattleiter

Ludger Escher, wenn diese Mitarbeiter ständig angeleitet würden und jeder individuell sein Tempo anschlagen dürfe. Auf zwölf behinderte Menschen kommt ein Therapeut, Sozialpädagoge, Facharbeiter oder Meister mit einer Zusatzqualifikation. So ist jedenfalls der ideale Personalschlüssel in Deutschland. Aber passt das zusammen: Rehabilitation mit Akquise, Wachstum, Akkord?

Manchmal nicht. Wenn das Auftragsvolumen zu groß wird – was in Landsberg regelmäßig vorkommt –, reichen die Fähigkeiten der Belegschaft nicht, „um Produktionsspitzen abzudecken“, wie der Geschäftsführer Becker es nennt. Dann beschäftigen die IWL zusätzlich Menschen ohne Behinderung, zum Beispiel auf 450-Euro-Basis.

Bei der Stiftung Bethel in Bielefeld – 2681 Plätze im Jahr 2000, 3507 Plätze heute – behilft man sich anders, um die rund 200 Geschäftspartner bei der Stange zu halten. Wie viele florierende Behindertenwerkstätten bietet man dort sogenannte Außenarbeitsplätze an. Rund 200 sind es allein im größten Betrieb Prowerk. Die Beschäftigten gehen dauerhaft außerhalb der Werkstatt arbeiten, in Unternehmen, Krankenhäusern oder auch Altenheimen, zum Beispiel als Hilfsarbeiter, Hilfspfleger oder Altenbetreuer. Sie bleiben aber Mitglieder der Werkstatt.

Außenarbeitsplätze sind unter anderem deshalb umstritten, weil zuweilen ein und derselbe Träger sowohl eine Behindertenwerkstatt als auch das Altenheim betreibt, in das er dann den Behinderten auf einen „Außenarbeitsplatz“ schickt. Kritik kommt von Gewerkschaftern, Wissenschaftlern und Inklusions-Initiativen: Sie sehen darin eine kaum versteckte Form der Ausbeutung. Denn fast nie wird aus einem Außenarbeitsplatz ein echter.

Tatsächlich können die Werkstätten ihre Leistungen nur deshalb so preiswert anbieten, weil die Beschäftigten keinen Tarif- oder Mindestlohn erhalten, sondern nur ein geringes Entgelt. Ar-

*Das Spektrum reicht von einfachen bis zu komplexen Tätigkeiten*





Moderne Technik: Holzbearbeitung auf hohem Niveau

beitsrechtlich gelten sie als „Rehabilitanden“ und nicht als Angestellte. Das Entgelt liegt im Bundesdurchschnitt bei 185 Euro im Monat, das Minimum im Osten sogar bei nur 117 Euro.

Nebenbei türmen sich aber Rentenforderungen in Milliardenhöhe auf. Denn die Werkstattbeschäftigten erwerben Ansprüche, denen ein fiktiver höherer Verdienst zugrunde liegt. Er beträgt 80 Prozent des durchschnittlichen Verdienstes aller Versicherten, rund 1800 Euro im Osten und etwa 2200 Euro im Westen. In Rente gehen können Werkstattangehörige bereits nach 20 Jahren. Es soll anerkannt werden, dass sie nicht so lange durchhalten. Abertausende haben bereits mit Anfang 40 Anspruch auf eine Erwerbungsminde­rungsrente von 800 Euro und mehr im Monat – sofern sie 20 Jahre in einer Werkstatt verbracht haben.

Das dürfte ein Grund dafür sein, warum Johanna von Schönfeld aus Neuss kaum Nachahmer findet. Denn um eine vergleichbare Rente zu erhalten, müsste sie wie jeder Arbeitnehmer auch 45 Jahre in Vollzeit arbeiten.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Beauftragte für die Belange behinderter Menschen der Bundesregierung, Hubert Hüppe, kritisiert das seit Jahren: „So werden behinderte Menschen, die eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt hätten, davon abgehalten, sie auch zu ergreifen.“

Auf der anderen Seite agieren die Werkstätten längst wie Mittelständler, die man kaum noch als Rehabilitationseinrichtung wahrnimmt. Die Caterings aus Landsberg etwa werden von Menschen ohne Behinderungen zu den Partys der Kunden gefahren oder vor Ort serviert. Und zubereitet werden die Speisen zuvor auch nicht von geistig Behinderten, sondern von Menschen mit sogenannten psychischen Behinderungen.

Das Wachstum der Branche geht mit zwei Trends einher. Erstens steigt seit Jahren der Anteil der Menschen, die aufgrund einer psychischen oder auch seelisch genannten Behinderung in die Werkstätten kommen. Laut der Statistik der Hamburger Beratung Consens, die jährlich alle Kennzahlen über Werkstattplätze und Kosten für die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe erhebt, ist allein in den Jahren 2003 bis 2008 der Anteil psychisch Behinderter um rund 40 Prozent gestiegen. Seitdem wächst er weiter um etwa 0,3 bis 0,5 Prozent pro Jahr. Das geschieht in nahezu gleichem Ausmaß, wie der Anteil an geistig Behinderten dort altershalber abnimmt.

Der zweite Trend: Es besuchen mehr Kinder Förderschulen für geistige Entwicklung denn je. Das Gros dieser Kinder landet danach: in einer Behindertenwerkstatt.

Solche Schulen sind eigentlich für Kinder gedacht, die schwer beeinträchtigt sind. Ihr Anteil ist jedoch seit Jahren gleich hoch, er liegt pro Jahrgang bei drei bis fünf Prozent, Körperbehinderungen eingerechnet. Allein in Nordrhein-Westfalen aber stieg der Anteil der Förderschüler in Klassen für geistige Entwicklung zwischen 1991 und 2012 um 52 Prozent. 2012 lernten 18 273 Kinder in solchen Schulen, 1991 waren es 12 030 – und das geschah in Zeiten deutlicher Geburtenrückgänge.

Wie viele der Abgänger der Förderschulen nach elf Jahren Schulpflicht in einer Werkstatt landen, weiß man im Düsseldorfer Schulministerium nicht. „Erfahrungswerte der Förderschulen zeigen jedoch, dass trotz vielfältiger Angebote und Bemühungen zur Gestaltung des Übergangs in angeleitete Tätigkeiten des Arbeitsmarktes häufig die Werkstätten gewählt werden“, teilt ein Sprecher per E-Mail mit.

## Die Werkstätten sind auch gut: für die Statistik

Schon 2008 wiesen Wissenschaftler der Gesellschaft für Integration, Sozialforschung und Betriebspädagogik in einer Studie für das Bundesarbeitsministerium auf die Folgen hin, wenn immer mehr Menschen, die nur „Lernbehinderungen“ aufweisen oder „Negativkarrieren“ am Arbeitsmarkt hinter sich haben, in Behindertenwerkstätten landen. Diese nähmen dann „den Charakter eines Auffangbeckens“ für Menschen an, „die aufgrund von Leistungsproblemen unterschiedlicher Ursache auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht vermittelt werden können“.

Die Erziehungswissenschaftlerin Anke Langner von der Technischen Universität Dresden sagt: „Man orientiert sich nicht ▶



Die Betriebe der IWL erwirtschaften 50 Prozent ihrer Einnahmen selbst



Im Bundesdurchschnitt kommen die Werkstätten auf nur 27 Prozent

am Bedarf, sondern an den geschaffenen Ressourcen. Sind Förderschulkapazitäten erst mal da, müssen sich genügend Schüler finden, um sie zu füllen. Das setzt sich in den Werkstätten fort.“ Es sei paradox, fährt sie fort: „Mit der zunehmenden Inklusion – der gemeinsamen Ausbildung und Arbeit von Menschen mit und ohne Behinderung – steigt die Exklusionsquote. Wir schließen immer mehr Menschen aus.“ Langner hält auch die Kategorie „seelische“ oder „psychische“ Behinderung für fragwürdig. Denn mit diesen Begriffen würden Menschen mit allen möglichen Benachteiligungen und Beeinträchtigungen etikettiert.

Wer in eine Behindertenwerkstatt soll, das entscheidet überall in Deutschland der örtliche Fachausschuss, der sich aus Vertretern der Werkstatt und jener Institutionen zusammensetzt, die diese Arbeitsplätze subventionieren. Der Ausschuss rekrutiert sich zum einen aus Gesandten der 23 überörtlichen Träger der Sozialhilfe. Das sind entweder die Behörden der Sozialministerien der Bundesländer oder die ihrer untergeordneten Regierungsbezirke oder Landschaftsverbände. Außerdem sitzen Vertreter der Arbeitsagentur mit am Tisch sowie die zuständige Rentenversicherung. Doch Letztere, heißt es, ließen sich selten blicken, weil sie es nicht müssten.

So bleiben Vertreter der staatlichen Fürsorge, der Arbeitsagentur und der Werkstatt weitgehend unter sich. Die Folgen beschreibt Matthias Münning, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und Sozialdezernent im Landschaftsverband Westfalen-Lippe, so: „Die Werkstatt ist zu einem Arbeitsmarktinstrument geworden. Die bisherige Politik führt zu einer erhöhten Nachfrage von Plätzen.“

Kurz gesagt läuft es so: Die Werkstatt braucht genügend belastbare Arbeitskräfte, um ihre Aufträge zu bewältigen und neue Investitionen zu ermöglichen oder zu rechtfertigen. Die Arbeitsagentur braucht Lösungen für ihre Problemfälle – darunter Förderschulabgänger, unqualifizierte Langzeitarbeitslose oder auch durch Krankheiten, Sucht und Unfälle beeinträchtigte Menschen. Sie freut sich über jeden, der aus ihrer Arbeitslosenstatistik fällt. Auffällig ist, dass die Zuweisungszahlen in Problemregionen wie Bremen, Berlin, Mecklenburg oder Brandenburg bis zu doppelt so hoch sind wie in Gegenden mit verschwindend geringer Arbeitslosigkeit.

Die Sozialämter wiederum können nachweisen, dass sie nicht bloß Geld auszahlen, sondern dass ihre Klientel dafür auch etwas lernt und leistet. Denn bevor ein Anwärter in eine Werkstatt auf-

genommen wird, durchläuft er dort eine 27 Monate dauernde Eingangs- und Bildungsphase, die jedoch zu keinem anerkannten Abschluss führt. Für diesen Zeitraum muss noch nicht mal feststehen, ob eine schwere Behinderung überhaupt vorliegt. Dies allein betrifft die anfangs genannten 54000 Menschen.

So greift ein Rad ins andere: Durch die hohe Zahl an Zuweisungen ergaben sich in den zurückliegenden zwei Dekaden in vielen Werkstätten Überbelegungen. Wiesen die – vielerorts schon damals vergrößerten oder neu eröffneten – Werkstätten im Jahr 2001 eine Auslastung von 98 bis 101 Prozent auf, so meldeten sie 2009 bereits 110 bis 117 Prozent.

Eine Überbelegung wiederum galt als guter Grund dafür, eine Werkstatteerweiterung zu genehmigen – oder die Ausgründung eines sogenannten Integrationsbetriebes durch denselben Träger zuzulassen. 300 neue entstanden allein seit 2005, insgesamt sind es bereits 800. In diesen Unternehmen arbeiten Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam. Ein Integrationsunternehmen unterliegt zwar nicht der strengen Werkstättenverordnung, es kann aber mithilfe der „Ausgleichsabgabe“ finanziert werden. Diese Abgabe muss in Deutschland jeder Betrieb mit mindestens 20 Mitarbeitern zahlen, der keinen oder prozentual zu wenige Schwerbehinderte beschäftigt. Eine Art Ablasshandel.

Die Erweiterung einer Behindertenwerkstatt wiederum bringt Investitionszuschüsse aus Steuermitteln, zum Beispiel für Neubauten und Maschinen. Die müssen sich amortisieren. Das geht nur mit genügend Aufträgen aus der freien Wirtschaft – und geeigneten Mitarbeitern.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hüppe, selbst Vater eines mehrfach behinderten Sohnes, sagt: „Da wächst und gedeiht ein sich selbst erhaltendes System.“ Mit immer mehr staatlich finanzierten Ablegern: Allein im Landschaftsverband Rheinland leben 1200 Fahrdienste davon, Werkstattangehörige und Förderschüler morgens und nachmittags zu chauffieren.

## Wer behindert ist, bestimmen wir

Die Bundesagentur für Arbeit und die Sozialhilfeträger der Länder teilen sich nicht nur die Rentenversicherungsbeiträge der beschäftigten Behinderten. Sie sind gleichzeitig dafür zuständig, eine neue Werkstatt oder die Vergrößerung einer bestehenden zu genehmigen. Und: Sie dürfen mithilfe eigener Fragebögen selbst feststellen, ob bei einem Werkstattdarsteller eine psychische Behinderung vorliegt. Wenn es darum geht, „ob ein Mensch im Sinne des Arbeitsförderungsrechts behindert ist“, sagt Jens Nitschke, Fachbereichsleiter Berufliche Rehabilitation bei der Bundesagentur, „sind psychiatrische Gutachten nicht zwingend erforderlich“.

Die Expansion hat ihren Preis. Im Bundesdurchschnitt zahlt der Staat mittlerweile 13800 Euro pro Werkstattplatz und Jahr aus Steuermitteln und Abgaben dazu – Investitionen in Ge- ▶

Die Arbeitslosenquote von Menschen mit Schwerbehinderung liegt mit 13,9 Prozent fast doppelt so hoch wie bei Menschen ohne Behinderung (Stand: September 2015).

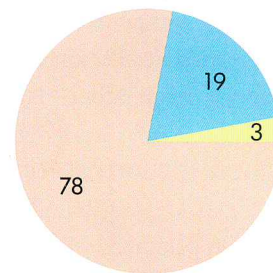
Im Jahr 2013 lebten in Deutschland **3,3 Millionen Menschen mit Schwerbehinderung im erwerbsfähigen Alter.**

**77 Prozent** der Menschen mit geistiger Behinderung arbeiten in Werkstätten für Menschen mit Behinderung.

Es gibt rund **700 Hauptwerkstätten** (Sozialbetriebe), rund **2700 Betriebsstätten** (also einzelne Standorte) mit etwa **300 000 Beschäftigten**

Anteil der Beschäftigten (in Prozent) mit

- geistiger Behinderung
- psychischer Behinderung
- körperlicher Behinderung





bäude und Maschinen nicht eingerechnet. In Rheinland-Pfalz waren es zuletzt sogar 16 800 Euro pro Platz.

Der Landesrechnungshof in Speyer monierte das. Die Kosten für die Betreuung von Menschen mit Behinderung in Werkstätten in Rheinland-Pfalz, heißt es in seinem jüngsten Bericht, seien von 1985 bis 2011 um „fast das Sechsfache auf mehr als 248 Millionen Euro gestiegen“. Und keiner weiß genau, warum, denn: „Die Werkstattträger erhielten Entgelte, ohne ihre Aufwendungen nachweisen zu müssen. Entstehung und Angemessenheit der Aufwendungen blieben ungeprüft. Gesetzlich seit vielen Jahren vorgeschriebene Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarungen hatte das Land noch immer nicht abgeschlossen“, schreiben die Haushaltsprüfer.

Darum konnte auch niemand nachvollziehen, warum allein 17 Betreiber von Werkstätten zusammen 202 Millionen Euro an Rücklagen aus Gewinnen bilden konnten – was gemeinnützige Firmen gar nicht dürfen. Sie müssen Gewinne investieren oder die Überschüsse in das Sozialversicherungssystem zurückzahlen.

Die Träger der 36 Werkstätten, meist Wohlfahrtsunternehmen der Kirchen, empörten sich über die Kritik, statt Besserung zu geloben. Er sei „mehr als irritiert darüber“, sagte der Landesdiakoniefarrer Albrecht Bähr, dass es der Rechnungshof „nicht als nötig erachtet, die verschiedenartige Ausgestaltung der Tagessätze oder das Zustandekommen der Personalschlüssel und die damit erzielte qualitativ hochwertige Arbeit“ zu berücksichtigen.

## Man kann Menschen fördern statt Institutionen

Die IWL in Bayern dagegen gelten als vorbildlich in der Branche. Sie erwirtschaften stets um die 50 Prozent ihrer Einnahmen selbst. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 27 Prozent Eigenanteil, in strukturschwachen Regionen sind es oft unter 20. Den großen Rest zahlt die Gesellschaft, vor allem in Form eines Instruments, das „Eingliederungshilfe“ heißt – obwohl fast kein Mensch damit auf dem ersten Arbeitsmarkt eingegliedert wird. Bundesweit wechselt nicht einmal ein Prozent der Werkstattmitarbeiter jährlich in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis.

Dafür ist der Kreis derer, die Anspruch auf die Hilfe anmelden können, mit den Hartz-Reformen unübersichtlich groß geworden. Jedes Bundesland und jeder Fachausschuss hat einen Spielraum für die Interpretation, wer sich warum zur Aufnahme in eine Werkstatt eignet. Die Reform stieß das Tor zu den Werkstätten weit auf. Und die mussten auf den Andrang reagieren.

Bei den IWL in Landsberg steht seit dem vergangenen Jahr ein schönes, liches Werkstattgebäude, errichtet in ökologischer Holzbauweise. Es ist mithilfe von Spenden, Landesmitteln und der Bundesumweltstiftung entstanden und hat, samt Maschinen, Ladezone und Hochregallager, elf Millionen Euro gekostet. Der Bau ist so groß, dass die obere Etage vorerst leer bleibt und man über ihre Vermietung nachdenken kann. In der neuen Werkhalle

darunter stehen zwei moderne CNC-Maschinen für die Möbelherstellung. Mit der größeren, die mit einer Krananlage kombiniert ist, können die Mitarbeiter nun Platten bis zu einer Größe von 5,60 Meter mal 2,10 Meter bearbeiten. Sie sägen so nicht nur die Teile für das eigene Möbelsystem Iwelo zurecht, sondern auch Tischplatten für einen industriellen Gastronomieeinrichter.

Von 550 auf 650 ist die Zahl der Mitarbeiter seit 2004 bei den IWL gewachsen. Man nimmt jeden noch so kleinen Auftrag an. So setzen Beschäftigte etwa Spezialkabel für Hersteller von Schweißgeräten zusammen, „ab Losgröße 1“, wie der Werkstattleiter Ludger Escher sagt. Das heißt, wenn ein Kunde nur ein einziges Kabel braucht, kann er sich an die IWL wenden. „In Deutschland macht so was außerhalb der Werkstätten keiner mehr“, sagt Escher.

Nur warum? Vielleicht weil die Werkstätten ihren Konkurrenzvorteil souverän ausspielen? Gelegentlich führt das zu Ärger. So beschwerten sich im Sommer vergangenen Jahres Funktionäre des Garten-, Landschafts- und Sportplatzbauverbandes in Nordrhein-Westfalen – dem Bundesland mit den meisten Werkstattplätzen – bei ihrem Staatssekretär des Landesarbeitsministeriums: Subventionierte Unternehmen wie die Behindertenwerkstätten würden schon seit Jahren die Pflege der öffentlichen Grünanlagen im Bundesland unter sich aufteilen. „Inzwischen aber – und das wurde bisher immer bestritten – treten sie zunehmend im Privatgartenbereich auf“, sagte Christoph Lau vom Verband. Reguläre Betriebe müssten deshalb Leute entlassen – darunter viele Geringqualifizierte.

Johanna von Schönfeld hatte ungewöhnlich gute Voraussetzungen, eine Stelle außerhalb der Werkstattwelt zu finden, trotz ihres Down-Syndroms. Denn ihre Mutter hatte sie gegen viele Widerstände in reguläre Kindergärten und Schulen geschickt. Die Richterin nahm damit das Recht auf gemeinsame Erziehung kämpferisch vorweg. Das heißt heute Inklusion und ist inzwischen gesetzlich verbrieft. „Man sagte mir damals in der Förderschule, dass Johanna vielleicht nie schreiben, lesen und rechnen lernen würde“, erinnert sich Ursula von Schönfeld. Das alles kann ihre Tochter heute.

Als Johanna von Schönfeld die Gesamtschule mit einem Förderschulabschluss verließ, war sie noch schulpflichtig. Darum willigte die Familie in den Vorschlag der Behörden ein, die junge Frau den Berufsbildungsbereich der Neusser Behindertenwerkstatt durchlaufen zu lassen.

Ursula von Schönfeld sagt, Freunde von Johanna, die auch das Down-Syndrom haben, seien „in den Werkstätten sehr, sehr glücklich“. Darum habe sie sich gedacht: Warum sollte es ihrer Tochter nicht auch so gehen? Aber diese habe sich dort nicht wohlfühlt. Die Arbeit habe sie gelangweilt – und sie habe nicht immer nur unter Behinderten sein wollen. Die Mutter besorgte ihr ein Praktikum in einem Kindergarten. Obwohl Praktika ausdrücklich vorgesehen seien, so Ursula von Schönfeld, habe die

Werkstatt ihre Tochter nur ungern freigestellt. Als das Praktikum verlängert wurde, habe es Protest gegeben. Und als sich für ihre Tochter unverhofft die Möglichkeit ergeben habe, in der Düsseldorfer Dialysepraxis auf Probe zu arbeiten, habe man ihr zu verstehen gegeben, die junge Frau nicht ohne Weiteres gehen zu lassen. Doch die Eltern, beide Juristen, ließen sich nicht abhalten.

Am Ende kassierten die Werkstätten in Neuss eine von den Sozialversicherungsträgern ausgelobte Prämie von mehreren Tausend Euro – für die erfolgreiche Vermittlung von Johanna von Schönfeld in reguläre Arbeit.

*Die Arbeit macht ihr Spaß: Johanna von Schönfeld*



Es gibt eine Alternative, um Menschen mit Behinderung zu helfen, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, ohne Nachteile für sich und die Arbeitgeber in Kauf nehmen zu müssen. Sie steht seit 2001 im Gesetz und heißt „Persönliches Budget“: Man knüpft die Rehabilitationsleistungen – also etwa die Subventionen für Lohn, einen Assistenten und den Fahrdienst – an den Menschen statt an eine Werkstatt. Man fördert nicht die Institution, sondern das Individuum. Die Sache hat bloß viele Haken: Die lukrative Rentenanwartschaft bleibt bisher davon ausgenommen und den Werkstätten vorbehalten. Außerdem muss das Bud-

get aufwendig beantragt, begründet und immer wieder neu von jenen Trägern bewilligt werden, die die Werkstätten finanzieren und ein Interesse an deren Auslastung haben müssen. Das heißt für geistig Behinderte, dass ihre Angehörigen die Mühe auf sich nehmen und die Ansprüche geduldig durchsetzen müssen. Eine Überforderung für viele Familien.

In einigen Bundesländern gibt es Modellversuche, solche Leistungen unkompliziert zu gewähren, so in Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Hessen oder Hamburg. In Nordrhein-Westfalen nennt es sich „Budget für Arbeit“ und umfasst viele Geldleistungen für Arbeitgeber, aber auch eine Rückkehrgarantie in die Werkstatt, falls es draußen nicht klappt.

Warum ausgerechnet die Befreiung vom Mindestlohn oder die frühe Rentenanwartschaft nicht Teil des Pakets sind, begründet Matthias Münning, der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, so: „Na, wenn Inklusion, dann richtig! Ein bisschen geht nicht. Das wäre ja unfair gegenüber Kollegen ohne Handicap, die ja auch 45 Jahre für ihre Rente arbeiten müssen.“

Noch kann Johanna von Schönfeld unter Nichtbehinderten arbeiten. Doch wie lange? Fünf Jahre lang erhält die Praxis einen Zuschuss der Arbeitsagentur dafür, dass man sie beschäftigt, als Ausgleich für den Zuspruch, den sie braucht. Fast vier Jahre sind vergangen. Vielleicht wird der Zuschuss länger gewährt, vielleicht nicht. Dann müsste ihr Chef den Mindestlohn zahlen. „Aber so viel ist ihre Arbeit einfach nicht wert“, sagt die Mutter. Ihre Tochter könnte jederzeit wieder in einer Behindertenwerkstatt unterkommen. Es ist nur so: Sie will das einfach nicht. ■